

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-  
Sozialen Union Deutschlands

Redaktion und Vertrieb: Frankfurt a.M., Bettinastr. 64, Tel. 77178/77906  
Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung  
Postscheckkonto: Frankfurt a.M. 39967 - Bankkonto: Hessische Bank, Frank-  
furt a.M. 125739 beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands

Nr. 89, 3. Jhrg. (C) Frankfurt a.M., 11. Mai 1949

Seite 1

Wohin steuern die Angestellten?

Gewerkschaften

Unter der Überschrift "Ein schlechter Anfang" hatte der Informationsdienst in Nr. 73 vom 16. April einen Eigenbericht über den Zusammenschluss der Angestellten-Gewerkschaften veröffentlicht. Wir hatten dabei unserem Missfallen über die einseitige parteipolitische Ausrichtung der in Stuttgart gehaltenen Referate Ausdruck gegeben und wir fühlten uns verpflichtet, die christlichen Angestellten rechtzeitig zu warnen. Heute geben wir zu dem gleichen Thema einem christlichen Angestellten das Wort, der mit uns in der Bewertung des Ideengehaltes der Stuttgarter Tagung übereinstimmt, der aber in der aktiven Mitarbeit innerhalb der Organisation die Voraussetzungen dafür erblickt, der DAG das Gepräge zu geben, das die christlichen Angestellten von einer ihrem Wesen gemässen Organisation erwarten. Wir würden es begrüßen, wenn auch andere Leser ihre Meinung zu der hier aufgeworfenen Frage der Redaktion mitteilen wollten.

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft und süddeutsche Angestelltenverbände beschlossen am 12. und 13. April 1949 in Stuttgart-Bad Cannstatt einmütig ihre Verschmelzung. Dieser Gewerkschaftstag hat über die Angestelltenkreise hinaus starke Beachtung gefunden. Das besonders, weil Arbeit und Ziele dieser Verbände ziemlich einfarbig getönt erschienen. Das wirtschaftspolitische Referat mit seinen Formulierungen zum Problem Kapitalismus und soziale Frage liess die parteipolitische Herkunft des Referenten von der SPD her mehr, als der Sache zuträglich, erkennen.

Überhaupt war in Stuttgart trotz der wohl im guten Glauben betonten parteipolitischen Neutralität fast nur eine einzige politische Richtung hörbar. Wenn man sich erinnert, dass bis 1933 weit über die Hälfte aller Angestellten organisiert war, heute aber erst ein knappes Fünftel den Weg zur DAG oder zu den Industrieverbänden gefunden hat, dann fragt man sich unwillkürlich, ob nicht jene einseitige Farbtonung die Hauptsache dieser Zurückhaltung weitester Angestelltenkreise ist. Man sollte diese freilich nicht mit Interessenlosigkeit verwechseln.

Trotzdem ist die Frage berechtigt: Ist diese Zurückhaltung wirklich richtig? Die christlichen Arbeiter, die in ihren Industrieverbänden ähnlichen Situationen gegenüberstehen, wirken dort wach und rege mit. Eine Organisation arbeitet und entwickelt sich so, wie es ihre Mitglieder von ihr fordern. Vor allem, wenn sie eifrig mitarbeiten und tüchtige führende Köpfe herausstellen. Die Mitglieder prägen das Gesicht des Verbandes! Es ist nicht unbekannt, dass ein nicht kleiner Teil der Mitglieder der DAG und der süddeutschen Verbände aus dem christlichen Lager kommt und dass neuerdings auch einige Führungs-

kräfte in der DAG wirken, die ehemals in den christlich-nationalen Verbänden standen. Soll man es gutheissen, abwartend und tatenlos dabeizustehen und zuzusehen, wie sich diese Kräfte in hoffnungsloser Minderheit verbrauchen?

Vor 1933 hatten die nicht auf dem Boden der SPD stehenden Angestelltenverbände DHV, GdA, VWA, DBV usw. nahezu drei Viertel aller organisierten Angestellten erfasst, der marxistische Afabund nur wenig mehr als ein Viertel. Es besteht kein Zweifel, dass auch heute die überwältigende Mehrheit der Angestellten nicht den marxistischen Parolen folgt. Sie brauchen eine grosse Gewerkschaft, die eine einheitliche Plattform für die Anhänger aller früheren Verbände, aber auch für die bisher Unorganisierten und besonders für die Jugend bildet, die vom früheren Meinungsstreit in und unter den Gewerkschaften ganz bestimmt nichts, aber auch gar nichts wissen will. Das kann durchaus die DAG werden. Sie muss aber nicht nur den ehrlichen Willen zu dieser parteipolitischen Neutralität haben, sondern auch ihre ganze Haltung danach einrichten - anders also, als das in Stuttgart zum Ausdruck kam. Wir meinen zudem, dass die christliche, sozial- und demokratisch gerichteten Angestellten - und für alle anderen, der SPD Fernstehenden dürfte das Gleiche gelten - durch Mitgliedschaft und Mitarbeit ihren positiven Beitrag zu dieser wünschenswerten Entwicklung beisteuern sollten.

#### Der neue Typus.

#### Berlin

Eine Partei "neuen Typus" braucht ein Zentralorgan "neuen Typus". Das leuchtet ein. Deshalb sind im "Neuen Deutschland", dem Zentralorgan der SED, einschneidende personelle Änderungen eingetreten. Die bisherigen Chefredakteure des Blattes scheiden aus der Leitung aus. Sie werden ersetzt durch ein Redaktionsgremium, an dessen Spitze der frühere Chefredakteur der kommunistischen "Berliner Zeitung", Rudolf Herrnstadt, steht. Sein Vertreter ist Otto Winzer. Dem Kollegium gehören ferner an Robert Keller, Wilhelm Girnus und Walter Franze. Die in Moskau geschulte neue Leitung bietet die Gewähr dafür, dass die Zeitung noch leninistischer, noch sowjetischer, noch linientreuer im Sinne des Moskauer Politbüros und also noch weniger den deutschen Interessen verpflichtet sein wird, als es bisher schon der Fall war.

Es könnte nicht ausbleiben, schreibt das Redaktionskollegium, dass die Zeitung bei Innehaltung dieser Linie manchem missfallen werde. Das ist richtig. Die neue Leitung beginnt also ihre Tätigkeit mit dem Ausspruch einer unzweifelhaften Wahrheit, die nur in quantitativer Beziehung noch nicht erfasst wird. Bedenklich ist dagegen die Forderung Grotewohls, dass das neue "Neue Deutschland" kühn und unerschrocken Mängel und Fehler aufdecken, Gutes loben und Schlechtes tadeln müsse. Vorsicht, Vorsicht! Wir warnen vor jeder Kühnheit, die der Lenkung widerspricht. Wir warnen vor jeder Unererschrockenheit, die Mängel und Fehler auch einmal an den unfehlbaren Machthabern und des Politbüros entdeckt. Und um des Himmels Willen soll das neue "Neue Deutschland" niemals etwas Gutes abseits der leninistischen Linie loben. Das wäre nämlich lebensgefährlich.

Politische Aktivität der Flüchtlinge.Flüchtlingswesen

Noch während in Bonn das Wahlgesetz und der Antrag des Zonenflüchtlingsausschusses der CDU für die britische Zone, der die Schaffung von Flüchtlingswahlkreisen vorsieht, der Beratung harren, entwickeln die Heimatvertriebenen anderswo eine bemerkenswerte politische Aktivität. Immer wieder begegnet man dabei dem Bestreben, eigene Parteien zu gründen, wobei jedoch übersehen wird, dass solche verhältnismässig schwachen Parteien im Rahmen des künftigen Bundestages nicht in der Lage sein werden, die Interessen der von ihnen vertretenen Wähler ausreichend wahrzunehmen. In Hessen hat der Ausgang der Nachwahlen in den Kreisen Waldeck und Alsfeld die Vertreter von Fraktionen der Freien Demokratischen Wählergruppen ermutigt, sich zur DWA (Demokratische Wirtschafts- und Aufbaugemeinschaft Hessen) zu konstituieren. Zum Vorsitzenden wurde Karl Fiege, Marburg, gewählt. Besser beraten waren die Vertreter der Heimatvertriebenen in den Ausschüssen des Landtages von Württemberg-Baden, die nach einer Besprechung mit Landtagspräsident Keil die Zweckmässigkeit einer Flüchtlingspartei verneinten, da die Zusammenarbeit mit den bereits zugelassenen Parteien eine solche Gründung überflüssig mache.

Vorbildliche Selbsthilfeaktion.Wohnungsbau

Die Bürgerschaft der Gemeinde Herdorf an der Sieg hat nach einer Idee von Professor Stodieck gemeinsam mit den wirtschaftlichen Betrieben, Belegschaften und den Behörden im Wege der Selbsthilfe ein Siedlungswerk begonnen. Die Mittel hierfür werden durch Leistung von monatlich je einer Sonderschicht seitens der Belegschaften in der Weise aufgebracht, dass die für die Sonderschichten gezahlten Löhne dem Siedlungswerk überlassen werden, während die Industrie die in den Sonderschichten erzeugten Produkte bzw. ihren Gegenwert, dem Siedlungswerk zur Verfügung stellt. Im Hinblick auf die Bedeutung des Unternehmens, dessen besonderer Wert in der Selbsthilfe der Beteiligten liegt, hat der Landtag von Rheinland-Pfalz einem Antrag der CDU zugestimmt, der eine Unterstützung des Siedlungsvorhabens in der Weise vorsieht, dass die öffentliche Hand die Leistung des Gemeinschaftswerks von Steuern, Gebühren und Sozialabgaben freistellt und das Gemeinschaftswerk insbesondere durch Zuteilung von Baustoffen usw. in jeder Weise unterstützt.

TerminkalenderFrauenarbeitsgemeinschaft

Die Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU ist für den 25./26. Mai nach Königswinter einberufen. Im Mittelpunkt steht ein Referat von Frau Dr. Helene Weber, Mitglied des Parlamentarischen Rates, über das Grundgesetz. Frau Dr. Nebgen, Berlin, spricht über die politische Entwicklung der Ostzone und die Lage Berlins.

Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastrasse 64  
 Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US-W-2065  
 Gedruckt in der Redaktion DUD Frankfurt a.M., IV/49/600  
 Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.